



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 14. März 2022 (Vormittag)

Andreas Juchli (FDP, Russikon) hat am Montag das Amtsgelübde abgelegt und ist damit in den Kantonsrat eingetreten (KR-Nr. 66/2022). Er folgt auf Thomas Vogel, der aus dem Kantonsrat zurückgetreten ist.

Der Kantonsrat hat ein neues Ersatzmitglied des Sozialversicherungsgerichts gewählt ([KR-Nr. 41/2022](#)).

Der Kantonsrat hat Patrick Walder (SVP, Dübendorf) als Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) gewählt ([KR-Nr. 65/2022](#)). Er ersetzt Beat Huber.

Entscheide des Verwaltungsgerichtes sollen dem Regierungsrat nur noch zugestellt werden, wenn er selber Partei in einem Verfahren ist. Der Kantonsrat hat einer entsprechenden Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes in der Schlussabstimmung mit 156 zu 1 Stimmen zugestimmt ([KR-Nr. 273/2018](#)).

Bei Majorzwahlen im Kanton Zürich sollen die Stimmberechtigten künftig zusammen mit den Wahlunterlagen ein Beiblatt erhalten, auf dem alle Kandidierenden aufgelistet sind ([5729](#)). Diese und weitere Änderungen am Gesetz über die politischen Rechte (GPR) hat der Kantonsrat in erster Lesung beraten. Die Vorlage geht nun an die Redaktionskommission zur Vorbereitung der zweiten Lesung.

Sozialhilfeorgane sollen in Strafverfahren wieder Parteistellung erhalten, wenn diese ein Sozialhilfeverfahren betreffen. Der Kantonsrat hat eine entsprechende Vorlage in erster Lesung beraten, die auf eine parlamentarische Initiative von FDP, GLP und SP zurückgeht ([KR-Nr. 307/2019](#)). Die Vorlage geht nun an die Redaktionskommission zur Vorbereitung der zweiten Lesung.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 14. März 2022 (Nachmittag)

Die Erbschaftssteuer für langjährige Lebenspartner und Stiefkinder wird vorerst nicht sinken. Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit dieser Forderung nicht unterstützt ([KR-Nr. 432/2021](#)). Das Quorum für die vorläufige Unterstützung von 60 Stimmen wurde mit 45 Stimmen nicht erreicht.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative abgelehnt, mit welcher der Ausstieg aus der Finanzierung religiöser Organisationen gefordert wurde ([KR-Nr. 362/2021](#)). Das Quorum für die vorläufige Unterstützung von 60 Stimmen wurde mit 0 Stimmen nicht erreicht.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative abgelehnt, mit der eine Abschaffung der Kirchensteuern von juristischen Personen gefordert wurde ([KR-Nr. 363/2021](#)). Das Quorum für die vorläufige Unterstützung von 60 Stimmen wurde mit 2 Stimmen nicht erreicht.

Der Kantonsrat hat eine Behördeninitiative des Grossen Gemeinderats von Winterthur abgelehnt ([KR-Nr. 364/2021](#)). Diese forderte im Sinne eines Covid-19-Hilfspakets für das Gewerbe die Ausrichtung von Mietzins-Beiträge für gewerbliche Mieten. Das Quorum für die vorläufige Unterstützung von 60 Stimmen wurde mit 41 Stimmen nicht erreicht.

Die Zahl der Bezirke im Kanton Zürich soll reduziert und deren Gebiete an diejenigen der Planungsregionen angepasst werden. Der Kantonsrat hat eine Behördeninitiative mit diesen Forderungen mit 75 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 376/2021](#)). Die Initiative geht nun an den Regierungsrat, der dazu einen Antrag ausarbeiten wird.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative zur Revision der gesetzlichen Anstellungsbedingungen für Mittel- und Berufsschullehrpersonen abgelehnt ([KR-Nr. 430/2021](#)). Das Quorum für die vorläufige Unterstützung von 60 Stimmen wurde mit 47 Stimmen nicht erreicht.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung Änderungen am Kantonsratsreglement mit 149 zu 0 Stimmen zugestimmt ([KR-Nr. 88/2021](#)). Inhalt war eine Anpassung des Differenzbereinigungsverfahrens zum Budget.

Der Kantonsrat hat einer Sammelvorlage zu verschiedenen Revisionen des Kantonsratsgesetzes und des Kantonsratsreglements in der Schlussabstimmung zugestimmt. Darin ging es unter anderem um die finanziellen Auswirkungen von Beschlüssen ([KR-Nr. 396/2019](#)), die neu im Voraus dargelegt werden müssen.

Der Kantonsrat hat einer Sammelvorlage zu verschiedenen Revisionen des Kantonsratsgesetzes und des Kantonsratsreglements in der Schlussabstimmung zugestimmt. Darin ging es unter anderem um die Verankerung der Live-Übertragung der Ratssitzungen ([KR-Nr. 380/2018](#)).

Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die als Angestellte arbeiten, müssen ihren Arbeitgeber auch künftig nicht im Rahmen der Offenlegung von Interessenbindungen publik machen. Der Kantonsrat hat den Antrag der Geschäftsleitung zu einer parlamentarischen Initiative der FDP zu diesem Thema mit 125 zu 36 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt ([KR-Nr. 292/2020](#)).

(sda)